

# Das westdeutsche Hochschulwesen und die „formierte Gesellschaft“

Akademische Freiheit im Würgegriff der Monopole

(Fortsetzung von Seite 5)

Abhängigkeit des Lehrkörpers von der Monopolbourgeoisie ständig vergrößert, so sind an den Universitäten in zunehmendem Maße schon jetzt gleiche Faktoren wirksam. Hinzu kommt, was in der Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“ am 11. Februar 1966 der Direktor des Instituts für Physiologische Zoologie, Professor Hans Mislin, die Gefahr der Gleichschaltung und des Boykotts nennt. Er spricht von „einer immer mehr zunehmenden kontrollierenden Lenkung der Wahrheiten und einer subtilen Bevormundung der Wirklichkeiten“. Genauer führt er aus: „Ich glaube nicht, daß wir Abwegiges aussprechen, wenn wir behaupten, auch im Geistesleben der Gegenwart sei der Boykottismus ein ‚deutscher Hauptverderber‘ geblieben. Wird denn nicht täglich eine Flut von Rufmord ausgeschüttet? Wird nicht eine unzubereitete Nachrichtenübermittlung, eine wirklich neutrale Unterrichtsübermittlung über Wirkliches immer seltener? Jede Botschaft, die uns erreicht, wird... so beziehungsreich eingepackt, daß kein Uneingeweihter mehr dabei kritisch denken kann. Der Laie aber steht einmal mehr schutzlos solchem pseudodemokratischen Mißbrauch demokratischer Freiheit gegenüber...“ Die Tatsache, daß Hochschul-Lehrer trotz ihrer Beamtenstellung Protest auf höchste Ebene anmelden und diesen mit außerparlamentarischen Mitteln durchzusetzen versuchen, die Tatsache auch, daß dem Wissenschaftler das Recht zum Streik in gleicher Weise wie dem Arbeiter zuerkannt werden muß – unter anderem sprach sich auch Prof. Carl Steinbuch von der TH Karlsruhe für das Streikrecht der Wissenschaftler aus – läßt progressive Tendenzen erkennen.

Verweisen wir nur auf folgende Tatsachen: In den vergangenen beiden Jahren verstärkte sich die Aktivität der Wissenschaftler im Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse. Dem Appell von 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen die Notstandsgesetze schlossen sich über 300 Professoren an. Max Born lehnte schon den Atomministerplan Trepters demonstrativ ab; seine Opposition gegen Raumfahrtprojekte dürfte sich ebenfalls aus den aggressiven Zwecken erklären, die die Bonner Regierung mit ihrem Raumfahrtforschungsprogramm verbindet. Dann appellierten im Vorjahr 215 Professoren an den DGB und die Industriegewerkschaften, den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu verstärken. Ein erneuter Professorenappell, zu dessen Initiatoren die Professoren Maus und Edding gehören, erging etwa Anfang März dieses Jahres.

Es traten zahlreiche Wissenschaftler in der Öffentlichkeit, in Veranstaltungen der Gewerkschaft, der studentischen Jugend und der Kirche auf, um den von der Bonner Regierung eingeschlagenen Kurs in Frage zu stellen, ja zu bekämpfen. Tatsächlich wurden hierbei die Notstandsgesetze als die innenpolitische „Ergänzung“ der aggressiven Konzeption der atomaren Rüstungspolitik erkannt, mit der früher oder später auch eine totale Regulierung der akademischen Lehre und Forschung und das Mundtotmachen einer jeglichen Kritik an der staatsmonopolistischen „Wehr- und Außenpolitik“ beabsichtigt ist.

Daß Wissenschaftler von hehem Ansehen in großer Zahl sich an die Massenorganisationen der Arbeiterklasse wenden und ganz bewußt den außerparlamentarischen Weg des Protestes gegen die bedrohlichen Maßnahmen der Bonner Regierung wählen, ist ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen politisch-ideologischen Situation im gesamten Hochschulwesen Westdeutschlands.

Diese Feststellung läßt sich noch bekräftigen durch die Tatsache, daß am 12. Januar dieses Jahres einige Vorstandsmitglieder des DGB mit dem Präsidenten der westdeutschen Rektorenkonferenz über einige Zukunftsfragen des westdeutschen Bildungswesen verhandelten. Im Kampf der Arbeiterklasse um Mitbestimmung, gegen Atomrüstung und gegen Notstandsgesetze finden sich gegenwärtig tatsächlich viele Gemeinsamkeiten, die die Arbeiter engstens mit dem Kampf der Angehörigen des westdeutschen

Hochschulwesens um die Wahrung ihrer demokratischen Rechte in Lehre und Forschung verbinden. Dennoch müssen wir auf einen Widerspruch aufmerksam machen, der sich bei westdeutschen Hochschullehrern in den Äußerungen zeigt, die auf eine strikte Ablehnung der gegenwärtig von den Industrie- und Finanzmonopolen geforderten Hochschulreform hinauslaufen.

Die den Produktivkräften entsprechende, objektiv notwendige Entwicklungstendenz verlangt, ob vereinheitlichende demokratische Reformen im Hochschulwesen im Sinne der notwendigen Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftsintegration erforderlich sind oder nicht. Es muß für die westdeutschen Wissenschaftler dagegen zur Hauptfrage werden, ob die Industrie- und Finanzbourgeoisie sich mit ihrer volksfeindlichen Zielstellung die Früchte der jetzt als Reformen deklarierten Anpassung aneignen sollen oder nicht. Der im Hochschulwesen der DDR beschrittene Weg ist die beste Antwort hierauf.

Die vom westdeutschen Wissenschaftsminister Stoltenberg in seiner Bundestagsrede im Februar 1966 angekündigte Vereinheitlichung des gesamten westdeutschen Bildungswesen soll hier wie in der Forschung den direkten Zugriff der Monopole ermöglichen.

## Progressive Tendenzen wachsen gesetzmäßig

Trägt nun manche dagegen gerichtete Opposition partikularistische und konservative Züge, so gerät sie in Gefahr, von den fortschrittlichen Kräften keine Unterstützung zu erlangen, weil sie sich gegen die in der objektiven Entwicklung begründeten Erfordernisse wendet und Rückständigkeit kultiviert, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen und den staatsmonopolistischen Mißbrauch von Wissenschaft und Technik zu bekämpfen. Treten hingegen Kräfte auf, die sich mit ihren Reformvorschlägen wie in Hessen auf den Fortschritt berufen, die sich aus einer als „Regierungsopposition“ deklarierten Partei wie der SPD dazu legitimiert sehen, dann wird von eben diesem Wirken die Industrie- und Finanzbourgeoisie so lange den größten Nutzen haben, solange nicht jeder Schritt zur Reform mit einem Schritt gegen die zunehmende Macht des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesichert wird. Die nun leider auch von einzelnen Vertretern der westdeutschen Professorenschaft laut werdenden Stimmen sowohl für Reformen wie auch zugunsten der Notstandsgesetze und des Abbaus demokratischer Rechte tragen allerdings sehr dazu bei, den politisch-ideologischen Klärungsprozeß im westdeutschen Hochschulwesen zu komplizieren.

So lassen sich verständlicherweise keine scharfen Grenzen ziehen zwischen der Verbreitung revanchistischer, militaristischer und antikommunistischer Ideologie durch Bonner Regierungsprogramme, durch die Presse-monopole, durch kapitalistische Verlage einerseits und einer vorwiegend wissenschaftlich und demokratisch orientierten Lehr-, Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Bildungs- und Erziehungswirksamkeit der Universitäten und Hochschulen andererseits; die antikommunistische Bonner Staatsdoktrin repräsentiert sich leider noch immer in zahlreichen westdeutschen Hochschulinstitutionen und in deren Persönlichkeiten. Trotzdem zeichnen sich im Hochschulwesen Westdeutschlands insgesamt gewisse progressive Tendenzen ab, die sich während der (zur Zeit hinter verschlossenen Türen vor sich gehenden) „Notstandsdiskussion“ während des zunehmenden Engagements der Bonner Regierung beim Aggressionskrieg der USA in Vietnam und bei Bekanntwerden genauer Pläne zur Regulierung des Bildungswesens mit großer Wahrscheinlichkeit noch wesentlich verstärken werden.

Diese Tendenzen sind:  
Die Tendenz zunehmenden aktiven Widerstandes von Professoren und Studenten gegen die sich verschärfende Notstands- und Aggressionspolitik des Bonner Staates der Monopole in Europa und gegen die Beteiligung Westdeutschlands am Aggressionskrieg der USA in Vietnam.

Die Tendenz zur Anerkennung der politischen Realitäten in Deutschland im Sinne der friedlichen Koexistenz von Systemen mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; engstens verbunden hiermit ist die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Die Tendenz zunehmender Unzufriedenheit mit rückständiger Struktur des überkommenen und nach 1945 künstlich föderalisierten Bildungswesens und das Streben nach demokratischer Hochschulreform.

Für die letztgenannte Tendenz ist das Vorbild der DDR hinsichtlich aller Schritte, die man im Gefolge unserer nationalen Pioniertat auf dem gesamten Gebiet des Bildungswesen nachzuvollziehen versucht, ganz entscheidend wirksam. Unser Bildungswesen gilt heute im internationalen Maßstab als das absolute Kriterium für die Bewährung eines großartigen sozialen Experiments, als Maß für das Mögliche einer erfolgreichen Bildungspolitik, das sich als die sicherste Investition für die Zukunft erweist.

Wo unter einer durch Rüstungs- und Kriegsinteressen sich zuspitzenden Zentralisierung und Reglementierung die Tendenzen der objektiven Wissenschaftsentwicklung gehemmt werden, wird nicht nur das Hochschulwesen zu einem immer stärker wirksamen Widerspruchszenrum werden, sondern es werden auch politische und ökonomische Entscheidungen in um so stärkerem Maße miteinander in Widerspruch geraten, je mehr der riesige Aufwand für eine gänzlich unproduktive Rüstung mit den wachsenden Bedürfnissen der werktätigen Menschen immer weniger vereinbar ist. Wird gegenwärtig gerade die bisherige Illusion des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen von den führenden Monopolherren ohne alle Beschönigungen aus dem Verkehr gezogen, so hat das auch damit zu tun, daß die Zubringerleistungen der Wissenschaft zur sogenannten „Großforschung“ weniger auf ihrem militärischen Verwertungszweck prüfbar sein sollen. Jedoch hat man während der vergangenen Jahre im Bestreben, die wahren Kriegsursachen und die Wurzeln faschistischer Vergangenheit unsichtbar zu machen, immer noch zuviel von Freiheit und Verfassung geredet, als daß selbst die in außerordentlich engen Grenzen gebliebene Demokratisierung Westdeutschlands der Nachkriegszeit schlagartig rückgängig zu machen wäre. Und hierbei hat die in den vergangenen beiden Jahrzehnten von den Hochschulen ausgebildete Generation – schätzen wir einmal rund eine Million Absolventen – die akademisch vermittelte Demokratie doch zuweilen ernster genommen als sie gemeint war. Erhard hat in seiner Regierungserklärung die Nachkriegszeit für beendet erklärt. Damit hat er auch die Demokratie gemeint!

Halten wir also fest: Die geplante „formierte Gesellschaft“ bedeutet die Planung einer uniformierten Gesellschaft, was für das Bildungswesen in politisch-ideologischer Hinsicht Uninformiertheit, den Abbau der Demokratie, die Verhinderung einer wahrhaft demokratischen Hochschulreform einschließt.

(Nach einem Vortragsmanuskript)

Herausgeber: SED-Universitätsparteileitung der Technischen Universität Dresden. Redaktionskollektiv, Redaktion: 8027 Dresden, Heimboltstraße 6, Telefon: Einwahl 4 63, HF 51 91 und 28 82. Verantwortl. Redakteur: Thomas Griebel. Redakteur: Hannelore Murawski. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Für unverlangt eingesandte Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 52 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: Grafischer Großbetrieb Völkerverdichtung, Dresden, Betriebsteil Julian-Grünau-Allee (III/9/288).

Die nächste „UZ“ erscheint am 14. Mai  
Redaktionsschluß am Montag, dem 19. Mai



## EHRUNGEN

Am 10. Mai vollendet Herr Professor Dr.-Ing. habil. Gustav Bürgermeister, Inhaber des Lehrstuhles für Statik der Baukonstruktionen und Stahlbau, sein 60. Lebensjahr.

Im Jahre 1952 als Nachfolger von Professor Dr.-Ing. K. Beyer an die Technische Hochschule Dresden berufen, konnte er dank seiner reichen Erfahrungen in Praxis, Forschung und Lehre vielen jungen Studierenden eine gediegene Ausbildung vermitteln. Seiner unermüdeten Aktivität ist es auch wesentlich zu verdanken, daß der Stahlbau in der Deut-

## JUBILARE

schien Demokratischen Republik eine gefestigte Position einnehmen kann.

Durch seine Berufungen als Vorsitzender des Zentralen Arbeitskreises für Forschung und Technik – Stahlbau –, o. Mitglied der Deutschen Bauakademie sowie Mitglied des Ständigen Ausschusses der Internationalen Vereinigung für Brückenbau und Hochbau findet sein Wirken besondere Anerkennung.

Mögen dem Jubilar noch viele Jahre erfolgreichen Schaffens zum Wohle der DDR sowie eine gute Gesundheit beschieden sein.

Am 15. April 1966 beging Herr Prof. Kleinert, Direktor des Institutes für Forstliche Ertragskunde in Tharandt und Professor mit Lehrstuhl an der Fakultät für Forstwirtschaft Tharandt, seinen 65. Geburtstag.

An diesem Tage übermittelten ihm neben zahlreichen Gratulanten auch die Mitglieder seines Institutes viele gute Wünsche, mit der Hoffnung verbunden, daß er noch viele Jahre bei bester Gesundheit aus seinen Interessengebieten tätig sein kann.

Unter seiner Leitung wurde das Institut neu aufgebaut und seitdem entsprechend seiner Bedeutung in der Forstwissenschaft und Forstwirtschaft erweitert und vergrößert.

Professor Kleinert hat in hohem Maße Anteil an der Entwicklung der Fakultät. Als Dekan in den Jahren 1955 bis 1958, als Mit-

glied und Leiter verschiedener Kommissionen des Fakultätsrates, als Direktor der Bibliothek der Fakultät und Leiter des Übersetzungsdienstes und seit 1955 als Prodekan für Forschung hat er sich über seinen engeren Arbeitsbereich hinaus stets für die Anliegen der gesamten Fakultät eingesetzt.

Durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens und der Lohmannmedaille an seinem 50. Geburtstag wurden seine vielseitige Tätigkeit und seine Verdienste in Forschung und Lehre gewürdigt.

Möge es ihm noch lange vergönnt sein, in seinem geliebten Wald und den ihm ans Herz gewachsenen Forstrevieren zu wirken und seine Erfahrungen jungen Forstleuten weiter zu vermitteln.

Dr. F. Fiedler,  
wiss. Oberassistent



## TU-Institute helfen der Industrie:

# Sozialistische Gemeinschaftsarbeit

## war der Weg zum Erfolg

Von Dipl.-Ing. P. Rau, Institut für Textiltechnik, und Dipl.-Wirtsch. Schneider, Direktor der VEB Zwirnerei- und Nähfadefabrik Oederan



Vor dem VEB Zwirnerei und Nähfadefabrik Oederan steht in den nächsten Jahren die Aufgabe, die Produktion an Nähfaden-Kreuzspulen für Industrie und Haushalt beträchtlich zu erhöhen. Diese Aufgabe kann jedoch nicht mit den im Betrieb vorhandenen nichtautomatischen Spulmaschinen gelöst werden. Da moderne Nähfaden-Kreuzspulmaschinen in den sozialistischen Ländern noch nicht hergestellt werden, gab es zwei Möglichkeiten. Entweder sind derartige Maschinen durch Bereitstellung wertvoller Devisen aus Westdeutschland zu importieren, da Westdeutschland zur Zeit der einzige Hersteller derartiger Automaten ist, oder es war nach Wegen für einen ökonomisch vertretbaren Eigenbau zu suchen. Um begründete Grundlagen für eine Entscheidung über den zu beschreitenden Weg zu schaffen, wurde im Betrieb eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Technischen Leiters, Ing. Kunze, gebildet, die sich vom Anfang an auf den Eigenbau orientierte. Dabei ergab sich, daß ein von tschechoslowakischen Außenhandelsunternehmen angebotener Schruppautomat, KOVO Modell 2053, unter bestimmten Voraussetzungen für einen Umbau geeignet ist. In mehrjähriger intensiver Arbeit wurde auf diese Weise ein Versuchs-Nähfaden-Kreuzspulautomat entwickelt. Die exakte wissenschaftliche Untersuchung sowohl von technologischer als auch von konstruktiver Seite sowie die Lösung einiger noch offener technologischer Probleme überstieg jedoch die Möglichkeiten des Betriebes. Da von Seiten der VVB Baumwolle wegen der Devisenplanung bis Ende Februar 1966 eine endgültige Entscheidung über die Eignung des Automaten gefordert wurde, wandte sich der Betrieb Ende vorigen Jahres an das Institut für Betriebslehre, Feinmechanik und Textilmaschinen der Technischen Universität Dresden mit der Bitte, ob in der noch zur Verfügung stehenden kurzen Zeit eine umfassende Verbesserung und Untersuchung des Spulautomaten stattfinden könnte mit dem Ziel, eine sichere Aussage über seine Eignung für die Herstellung von Nähfaden-Kreuzspulen mit 200 bis 1 000-m Fadenlänge

zu treffen. Angesichts der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit der Lösung dieser Aufgabe gaben sowohl Prof. Dr.-Ing. habil. Perner vom Institut für Textiltechnik als auch Prof. Dr.-Ing. habil. Lichtenheldt, Direktor des Institutes für Betriebslehre, Feinmechanik und Textilmaschinenkonstruktion, ihre Zusage zur aktiven Mitarbeit. Während Prof. Perner durch die Umdisposition von zwei Diplomanden die Diplomandin cand. Ing. Anita Toepler unverzüglich zur Mitarbeit einsetzte, arbeiteten von Seiten der Textilmaschinenkonstruktion die Assistenten Dipl.-Ing. Neumann und Dipl.-Ing. Strauchmann an der Lösung der Aufgabe mit. Der Betrieb unterstützte die Arbeit durch Bereitstellung eines Handwerkers. Zur Vermeidung jeglicher Zeitverluste wurde die Versuchsmaschine in der Textilmaschinenhalle des Institutes für Textiltechnik, Zeunerbau, aufgestellt.

Im Laufe der Untersuchung entwickelte sich zwischen den genannten Instituten und dem Betrieb eine überaus intensive Zusammenarbeit. Die anfallenden Aufgaben überstiegen jedoch den Rahmen einer Diplomarbeit. Durch die sich entwickelnde Gemeinschaftsarbeit, an der auch mehrere Mitarbeiter der Textilmaschinenhalle und des Institutes für Betriebslehre aus eigener Initiative teilnahmen, wurden immer wieder Wege gefunden, die auftretenden vielfältigen Schwierigkeiten zu überwinden, wobei auch der Betrieb seinen Anteil leistete. Die Leitung des Betriebes überzeigte sich mehrmals in mehrstündigen Diskussionen persönlich vom Fortschritt der Arbeit und stellte die dafür erforderlichen Garmaterialien und Geldmittel ohne Zeitverluste zur Verfügung. Das erfreuliche Ergebnis dieser echten technischen Gemeinschaftsarbeit war, daß sowohl Prof. Perner als auch Prof. Lichtenheldt termingerecht ihr Urteil über die Versuchsmas-

chine abgeben konnten. Dadurch wurde der dem Betrieb von Seiten der VVB Baumwolle gesetzte Termin für die öffentliche Vorteldigung dieser Entwicklungsarbeit eingehalten. Diese Verteidigung, zu der Vertreter der VVB, des WZ, der Betriebsleitung, des Betriebes und der beteiligten Institute anwesend waren, fand am 2.3.1966 in der Technischen Universität Dresden statt. Die Diplomandin Toepler gab einen technologischen Bericht, Dipl.-Ing. Neumann und Dipl.-Ing. Strauchmann die konstruktive und der Technische Leiter des Betriebes, Ing. Kunze, die ökonomische Einschätzung. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse der Bau der Nullserie „speziell“ für 200-m-Kreuzspulen begonnen werden kann und daß es durch einige konstruktive Veränderungen „möglich“ ist, auch 1 000-m-Kreuzspulen herzustellen. Der ehemalige Parteisekretär des Betriebes, der eigentliche Initiator der Arbeitsgemeinschaft, wies in seinen Ausführungen besonders darauf hin, daß der Einsatz des Spulautomaten nicht nur eine Produktionserhöhung, sondern auch eine wesentliche Arbeiterleichterung für die an dem Automaten arbeitenden Frauen erbringt, weshalb der Bau derselben in verstärktem Maße weitergeführt werden muß.

Abschließend kann festgestellt werden, daß durch das unverzügliche Handeln der genannten Hochschullehrer sowie durch die sich daraus entwickelnde Gemeinschaftsarbeit zwischen der TU Dresden und dem VEB Zwirnerei und Nähfadefabrik Oederan im kürzester Zeit ein sehr wichtiges Problem der Textilindustrie gelöst werden konnte. Dadurch war die TU in der Lage mitzuwirken, der Volkswirtschaft erhebliche Aufwendungen an Devisen zu ersparen.